

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Nasheed wird Asylant in London

Am 23.5.2016 wurde der frühere Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed von Großbritannien als politischer Flüchtling anerkannt. Vorangegangen waren seine Verhaftung in Male im März 2015 und seine im September folgende Verurteilung zu 13 Jahren Gefängnis als Strafe für die Absetzung eines Richters des Staatsgerichtshofes während seiner Präsidentschaft. Auch der damalige Verteidigungsminister Mohamed Nazim und andere Politiker seiner Präsidentschaft wurden seither unter verschiedenen Anklagen verurteilt. Im Januar 2016 erhielt Mohamed Nasheed die aufgrund ausländischen Drucks gewährte Erlaubnis, das Gefängnis zu verlassen und sich bis zum 19.5.2016 in London einer medizinischen Behandlung wegen seines Rückenleidens zu unterziehen. Dieses Leiden hatte er sich bei einem früheren Gefängnisaufenthalt auf den Malediven vor der Zeit seiner Präsidentschaft zugezogen. Nasheed missachtete die explizite Rückkehraufforderung seitens der maledivischen Regierung und beantragte stattdessen Asyl in Großbritannien.

Demokratiebewegung formiert sich neu

Am 1.6.2016 verkündete der frühere Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, in London die Bildung eines Schattenkabinetts im Exil. In diesem Schattenkabinetts sind alle Ressorts der Regierung der Malediven durch 19 ehemalige Führungspersonlichkeiten der früheren Regierungen, Oppositionspolitiker/-innen und Expert(inn)en besetzt. Mohamed Nasheed und der ebenfalls zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilte ehemalige Verteidigungsminister Mohamed Nazim (ebenfalls auf medizinischem Gefängnisurlaub) dienen diesem Schattenkabinetts als Berater. Ziele der Oppositionsarbeit im Lande selbst und von außen sind:

- die Absetzung der gegenwärtigen Regierung unter Nutzung aller rechtlichen und gesetzlichen Mittel
- die Bildung einer Übergangsregierung
- Ausrichtung von freien und fairen Neuwahlen unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft.

Der maledivische Präsident Abdulla Yameen hat einen auf vier Tage angesetzten Besuch Singapurs ohne Angabe von Gründen vorzeitig abgebrochen.

Damit geht die politische Auseinandersetzung zwischen der herrschenden alten Oligarchie der Malediven und der Demokratiebewegung in eine neue Runde. Akteure und Akteurinnen auf der Oligarchenseite

sind einige Familien um den ehemaligen Präsidenten Maumoon Abdul Gayoom, der vor 2008 über 30 Jahre lang an der Macht war und dessen Halbbruder, den jetzigen Präsidenten Abdulla Yameen. Auf Seiten der demokratischen Opposition stehen verschiedene Parteien um den zwischen 2008 und 2011 regierenden, ersten demokratisch gewählten Mohamed Nasheed. Innenpolitisch hofft man ferner darauf, dass das Militär die jetzige Regierung fallen lässt. 30 höhere Offiziere sitzen gegenwärtig in Gefängnissen für von Präsident Yameen veranlasste Vergehen, von denen er sich jetzt distanziert, sagte Nasheed der indischen Zeitung *The Hindu* am 4.3.2016 in London.

Richter werden willkürlich versetzt

Auch die höhere Gerichtsbarkeit des Landes steht unter starkem politischem Druck. Auffällig sind die häufigen Versetzungen unabhängiger Richter auf Stellen mit unbedeutenderen Aufgaben, wie zuletzt die Versetzung von Richter Saeed Ibrahim. Richter Ibrahim war einer von drei Richtern, die den Bombenanschlag auf das Boot von Präsident Yameen im November 2015 aufklären sollten, bei dem seine Frau verletzt wurde. Die Internationale Juristenkommission verurteilt die willkürlichen und politisch motivierten Versetzungen von Richtern auf den Malediven. Sie geht davon aus, dass politisch unabhängige Verfahren in den Malediven nicht mehr möglich sind.

Außenpolitik

Außenpolitisch bemüht sich die Opposition, die EU zu Sanktionen zu bewegen. Die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung haben ihr Vermögen in den Staaten der EU angelegt, ihre Kinder studieren in der EU. Man appelliert auch an die indische Regierung, im eigenen Interesse durch die Stärkung der Demokratiebewegung auf den Malediven für mehr Stabilität in der Region zu sorgen. Am 18.4.2016 verabschiedeten beide Parteien des US-amerikanischen Senats eine Resolution, die die maledivische Regierung unter Präsident Yameen auffordert, Gerechtigkeit sowohl gegenüber dem früheren Präsidenten als auch gegenüber dem Verteidigungsminister zu üben und die Erosion des demokratischen Systems zu stoppen. Um einer ähnlichen Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzungen und Demokratieabbau durch das Commonwealth zu entgehen, dessen Mitglied die Malediven sind, besuchte Präsident Ya-

meen im März und Mai die Staatschefs von Malaysia, Pakistan und Indien. Sie sind Mitglieder der *Commonwealth Ministerial Action Group*, die die Demokratieentwicklung in Commonwealth-Staaten beobachtet.

Geopolitik und Verteidigung

Das Bewusstsein der eigenen militärischen und politischen Bedeutungslosigkeit unter den mächtigen Ländern Südasiens ist eine zentrale Facette der maledivischen Außen- und Sicherheitspolitik. Das Land versucht unter der Regierung von Präsident Yameen, die Beziehungen zu verschiedenen strategisch wichtigen Ländern zu stärken. Die Opposition kritisiert das und fordert stattdessen eine klare *India First*-Außen- und Sicherheitspolitik. China unterstützt die Malediven derzeit beim Bau einer Brücke zwischen der Hauptstadt Male und der Flughafeninsel Hulhumale. Am 28.5.2016 wurde mit Pakistan eine Kreditvereinbarung über zehn Millionen US-Dollar für den Kauf von Waffen und kleineren Flugzeugen unterschrieben. Bereits am 12.4.2014 hatte Präsident Yameen bei einem Besuch in Neu-Delhi einen Verteidigungsaktionsplan und ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der indischen Regierung unterzeichnet. Der indische Premier Modi sagte, der Aktionsplan werde auf der Ebene der Verteidigungsminister verankert. Er umfasst die Entwicklung von Häfen, Expertenfortbildungen sowie die Lieferung von Ausrüstung und Seeüberwachung. Indien ist über die zunehmende islamistische Radikalisierung auf den Malediven besorgt und hat daher einen Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsorganen sowie Weiterbildungsprogramme für die maledivische Polizei und die Sicherheitsorgane vereinbart.

Wirtschaftliche Entwicklung

Der regelmäßig zur Frühjahrstagung im April von IWF und Weltbank veröffentlichte Bericht „Südasiens Wirtschaftsfocus“ enthält die Basisstatistiken für 2015 und 2016. Das Land hat demnach eine Bevölkerung von circa 400.000 Menschen, erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt von 3,1 Millionen US-Dollar, pro Kopf also etwa 7630 US-Dollar. Damit liegt es im Mittelfeld der Mitteleinkommensländer, ist aber pro Kopf mit Abstand das einkommensstärkste Land in Südasiens. Die Regierung hatte mit 4,8 Prozent Wachstum gerechnet, es sind aber 2015 laut Weltbankbericht nur 1,9 Prozent geworden. Als Grund hierfür sieht die Weltbank den Rückgang der Touristen nach der Ausrufung des Staatsnotstands im November. Die Bauwirtschaft hat inzwischen den Tourismus als wichtigsten Wachstumsfaktor überholt. 2015 hat das Land ein fiskalisches Defizit von 8 Prozent erwirtschaftet. Die Schulden von

gegenwärtig 73 Prozent des Inlandsprodukts werden in den nächsten Jahren aufgrund hoher Investitionen auf über 109 Prozent anwachsen. Die hohen Deviseneinnahmen durch den Tourismus lassen die Währungsreserven jedoch wachsen. Die Weltbank sieht wirtschaftliche Risiken für das Land vor allem in der innenpolitischen Instabilität. Die Jugendarbeitslosigkeit ist von 9,3 Prozent im Jahr 2006 auf 12,4 Prozent im Jahr 2014 angewachsen. Die Beschäftigung von Frauen hat jedoch zugenommen.

Maledivische Islamisten im sogenannten IS

Die gegenwärtige Regierung steht auch in der Kritik, weil sich im Verhältnis zur Bevölkerung überdurchschnittlich viele junge Leute dem sogenannten Islamischen Staat in Syrien und dem Irak angeschlossen haben. Die Opposition geht von 200 maledivischen Dschihadisten aus, die Regierung von etwa 35 bis 100.

Schulbücher

Hauptfächer in maledivischen Schulen sind die Landessprache Dhivehi, Englisch, Mathematik und Islam. Alle Schüler/-innen müssen ihr Islamwissen in Prüfungen nachweisen. Die Schulbücher werden vom Ministerium für Islamische Angelegenheiten geprüft. Nach dem Lehrplan der 11. Klasse müssen die Schüler/-innen in der Lage sein, Auskünfte über die Nachteile der Demokratie in islamischen Ländern zu geben. Sie müssen mindestens vier von acht richtigen Antworten niederschreiben. Zu diesen Nachteilen gehören:

- die Veränderung islamischer Regeln oder die Weigerung, Regeln nach Allahs Verkündigung aufzustellen
- der Verlust des öffentlichen Vertrauens in die Lehren des Islam
- die Meinung von Nicht-Experten in der demokratischen Abstimmung gelten lassen
- dem Islam widersprechende Gesetze verkünden
- die Priorität individueller Rechte gegenüber den Rechten der Gemeinschaft und der Privilegienverlust bestimmter Gruppen
- Trennung von Religion und Staat
- zum Sündigen zu ermutigen

Der Generaldirektor der Abteilung für Öffentliche Prüfungen hält Prüfungsfragen nicht für anti-demokratisch oder gar gegen die Menschenrechte gerichtet. Das maledivische Menschenrechtsnetzwerk dagegen schreibt in einem Bericht (2015), die islamischen Schulbücher förderten Antisemitismus sowie Fremdenfeindlichkeit und sie glorifizierten den Dschihad. Schulbücher für die 9. Klasse beschreiben Frauenrechte und Feminismus als Teil einer westlichen Propaganda.